

# Nordkorea drohen „harte Zeiten“

Kim Jong Un stimmt Bevölkerung auf Nahrungsmangel ein / Wegen Corona geschlossene Grenzen verschärfen Probleme

Felix Lill

Seit einem Dreivierteljahr erleben die Menschen in Nordkorea einen neuen Regierungschef. Kim Jong Un, einst nur als starker Typ zu sehen, zeigt sich heute von seiner schwachen Seite. Im vergangenen Oktober sagte er in einer Rede zum 75-jährigen Staatsjubiläum unter Tränen: „Unser Volk hat Vertrauen auf mich gesetzt, so hoch wie der Himmel und so tief wie die See, aber ich bin dabei gescheitert, die Erwartungen zu erfüllen.“ Anfang dieses Jahres kritisierte der 37-jährige Kim dann die eigenen Fünfjahrespläne. In „fast allen Sektoren“ sei Nordkorea „extrem deutlich“ hinter den zuvor gesteckten Entwicklungszielen zurückgeblieben.

Dieser Tage dürften sich viele im Land an solche Worte erinnern. Denn im abgeschotteten Land sind die beschriebenen Probleme offenbar gerade bitter zu spüren. Mitte Juni ließ Kim Jong Un durchblicken, dass Nordkorea akut unter Nahrungsmittelmangel leidet. Verantwortlich hierfür seien Ernteauffälle durch starke Stürme sowie Überschwemmungen.

Die schwierige Lage durch die Pandemie habe die Situation verschlimmert. Schon im März hatte der UN-Sonderberichterstatter für die Menschenrechtslage in Nordkorea vor einer Krise gewarnt, einen Monat später hatte auch Kim Jong Un „harte Zeiten“ angekündigt.

## Verbindungen gekappt

Zwar hat der Regierungschef des Einparteiensystems Maßnahmen angekündigt, um die Probleme einzudämmen. Dabei ließ er aber offen, wie diese aussehen. Ebenso unklar ist bisher, wie stark der Nahrungsmittelmangel derzeit ist. Nach offiziellen Angaben betragen die Ernteauffälle 15 bis 20 Prozent. Die meisten Vertreter ausländischer Hilfsorganisationen, die eine unabhängige Einschätzung geben könnten, haben das Land inmitten der strikten Regeln



Reisanbau gegen den Hunger: Dass Nordkorea unter Nahrungsmangel leidet, ließ Machthaber Kim Jong Un in diesem Monat durchblicken. Fotos: dpa/kyodo/KCNA via KNS

gegen die Pandemie vorübergehend verlassen.

Offiziell zählt Nordkorea bis heute keinen einzigen Infektionsfall in der Pandemie. Mit dem Argument des Infektionsrisikos lehnt Nordkorea bis heute auch die meisten Hilfslieferungen aus dem Ausland ab. Seit Anfang letzten Jahres, als die Pandemie von China ausgehend ihre Kreise zog, schloss das benachbarte Nordkorea seine Grenze zu Russland und eben China. So wurden die wichtigsten Verbindungen abgekoppelt, über die Nordkorea trotz der UN-Sanktionen wegen Menschenrechtsverletzungen noch an Güterlieferungen kommen konnte.

Dies macht sich mittlerweile bemerkbar. Denn Nordkorea fungiert auch als günstige Werkbank für produzierende Unternehmen aus den nördlichen Nachbarländern. Durch strikt ge-

## HINTER DER GESCHICHTE Bürger sorgt sich um „ausgemergelten“ Kim

Nordkoreas Machthaber Kim Jong Un hat deutlich abgenommen – und in einem höchst ungewöhnlichen Schritt hat die Staatsführung jetzt dem Kommentar eines Bürgers zu dem Gewichtsverlust veröffentlicht. Kim sehe „ausgemergelt“ aus, zitierte der Staatssender KCTV einen nicht namentlich genannten Einwohner der Hauptstadt Pjöngjang. Dies breche „das Herz der Menschen am meisten“, berichtete der Bürger demnach. Jeder rede davon, wie ihm beim Anblick Kims „sofort die Tränen gekommen sind“. Nach Angaben von Experten will die Staatsführung den Gewichtsverlust Kims dazu benutzen, um die Loyalität der Bürger zu dem



Machthaber in Zeiten der schweren Krise in der Nahrungsmittelversorgung zu stärken. Die von Pjöngjang gesendete Botschaft laute, dass Kim „sehr hart“ für die Menschen arbeite – und dies sogar bis zu dem Grad, dass er „Mahlzeiten auslässt und Gewicht verliert“. Eine öffentliche Diskussion über den Gesundheitszustand von Kim Jong Un war in Nordkorea bislang ein absolutes Tabu. International wird Kims Gesundheitszustand genau beobachtet – nicht zuletzt deshalb, weil unklar ist, wer ihm im Falle seines Todes nachfolgen würde und wie stabil der Machtapparat in Pjöngjang dann noch wäre. AFP

schlossene Grenzen fehlt es also nicht nur an diversen Produkten, sondern auch an Geldflüssen. Dies führt zu verstärkter Währungsinstabilität im Land, wo neben der offiziellen Währung, dem Nordkoreanischen Won, auch der US-Dollar und der chinesische Yuan

zirkulieren. Auch mit dieser akuten Knappheit ansonsten verwendeter Zahlungsmittel kommt es zu Preissprüngen wichtiger Lebensmittel. Die

her, aber immer noch für attraktiv und für wichtig.

Analyseplattform „38 North“ berichtet von besonders starker Inflation für Reis und Mais. Seit Anfang des Monats sind die Preise demnach um 67 und rund 100 Prozent gestiegen. Auch Treibstoffe wie Benzin und Diesel seien deutlich teurer geworden.

## 200 Dollar für Shampoo

Eine Flasche Shampoo soll derzeit sogar um die 200 Dollar kosten, ein Kilo Bananen 45 Dollar. Verantwortlich für die derzeitigen Preissprünge und Währungsfluktuationen könnten laut der südkoreanischen Plattform „Daily NK“ auch Spekulationen nordkoreanischer Händler gewesen sein, die von bald öffnenden Grenzen ausgegangen waren. So hätten sich diese mit US-Dollar eingedeckt. Ein Versuch des Gegensteuerns durch die Regierung führe nun zu einem Auf und Ab der Kurse.

Derartige Erklärungen für die Krise – dass sie also weniger durch naturkatastrophenbedingte Ernteauffälle begründet sei als durch geschlossene Grenzen und die Reaktionen darauf – sind kompatibel mit Analysen der UN-Agrarorganisation FAO. Laut einem Bericht der in Rom ansässigen Organisation seien die Erntebedingungen in diesem Jahr nicht schlecht, sondern „günstig.“ Sofern es nicht zu Hilfsleistungen aus dem Ausland komme, rechnet die FAO für dieses Jahr dennoch mit Lebensmittellängpass in Höhe von 860 000 Tonnen, was der Versorgung für zwei Monate entspreche.

Sich für Hilfe aus dem Ausland zu öffnen wäre wiederum für den Regierungschef Kim Jong Un ein schlechtes Signal. Die Staatsphilosophie „Juche“, was auf Deutsch so viel wie Subjekt oder Autarkie bedeutet, erklärt die Unabhängigkeit und Selbstständigkeit zu Stützpfeilern des nordkoreanischen Staates und deren Anführer als Garanten hierfür. Und mit dieser Ideologie meint man es durchaus ernst. Laut dem Historiker Leonid Petrov von der Australian National University in Canberra habe „Juche“ den Status einer Staatsreligion. Denn andere Glaubensrichtungen würden im Land weder geduldet noch erwähnt, die Regenten der Kim-Dynastie aber verehrt.

Jenseits der Regierungskreise scheinen indes viele Menschen kaum noch daran zu glauben. Laut Schätzungen der UN lag die Geburtenrate zwischen 2015 und 2020 bei 1,9 Kindern pro Frau, was über dem benachbarten Südkorea und auch Deutschland liegt, aber eben auch unterhalb der Zahl, bei der die Bevölkerung noch konstant bliebe. Der US-amerikanische Sender Radio Free Asia berichtet mit Bezugnahme auf Quellen aus dem Land, dass inmitten der Krise immer mehr Frauen zögerlich werden, Kinder zu bekommen. Man habe Sorge, diese dann auch ernähren zu können.

## „Die EU kann sich enorm stur stellen“

Chef der Schweizer Denkfabrik Progress Foundation über das Verhältnis seines Landes zu Brüssel

Thomas Ludwig

ZÜRICH Die Schweiz hat ein von langer Hand geplantes Rahmenabkommen mit der EU platzen lassen. Was soll? Brüssel daraus lernen? Wir haben bei Gerhard Schwarz, Chef der Schweizer Denkfabrik Progress Foundation, nachgefragt.

Herr Schwarz, vor fünf Jahren haben die Briten für den Brexit gestimmt. Nun haben die Schweizer ein Rahmenabkommen mit der EU platzen lassen, das 120 Abkommen zusammenführen und modernisieren sollte, um die Beziehungen zukunftsfest zu machen. Vergraut die EU ihre Freunde?

Dass man mit der Schweiz eine ähnliche Erfahrung macht wie mit den Briten,

müsste bei der EU zu einer kritischen Selbstbefragung führen. Die EU kann sich enorm stur stellen. Nun hat sich die Schweiz endlich zu einer klaren Haltung durchgerungen. Dass wir unanständig lange sieben Jahre verhandelt haben, hat damit zu tun, dass das Land in der Frage, wie nah man der EU sein will, gespalten ist. Es war mal nahe bei 50/50, heute dürften sich sicher mindestens 60 Prozent gegen eine zu enge Bindung aussprechen.

Ist das Scheitern des Abkommens ein Zeichen der Entfremdung?

Das Verhältnis der Schweiz zur EU ist seit Jahrzehnten ein extrem schwieriges. Das hat mit dem völlig anderen Staatsverständnis

zu tun. Das Volk entscheidet nicht nur alle vier oder fünf Jahre über die Leute, die man ins Parlament wählt, sondern das Volk entscheidet bei allen Dingen irgendwo mit oder kann mitentscheiden. Da sind die Nachbarländer weit davon entfernt, und durch die zusätzliche Ebene der EU wird die Entfernung gewissermaßen noch größer. Dass es in der Schweiz jetzt mehr Animositäten gegenüber EU-Bürgern gibt, erwarte ich nicht, es wäre auch geradezu absurd. Ich befürchte aber, dass es Nadelstiche vonseiten der EU geben wird.

Manche Arbeitnehmer aus dem EU-Ausland haben aber das Gefühl, in der Schweiz nicht mehr so gern gesehen zu sein. Muss das



Gerhard Schwarz  
Foto: Iorian Bärtschiger

Land nach dem Scheitern des Rahmenabkommens nicht die Abwanderung von Arbeitskräften fürchten?

Es kommen immer noch jährlich einige Zehntausend mehr Menschen ins Land, als ab- bzw. zurückwandern. Dass sich das umkehrt, würde mich sehr überraschen. Am Schluss ist doch die wirtschaftliche Situation entscheidend, so lange wir attraktive und gut

bezahlte Arbeitsplätze anbieten, kommen die Leute.

Verliert das Friedens- und Wirtschaftsprojekt EU grundsätzlich an Anziehungskraft?

Für die Kriegs- und erste Nachkriegsgeneration war das ein emotional unglaublich starkes Projekt. Für die jüngeren Generationen gilt das nicht im gleichen Maße. Zugleich werden die Krisen und Spannungen, vor allem im wirtschaftlichen Bereich – Griechenland-Krise, Euro-Krise und jetzt Corona – ja nicht weniger. Auch ist die EU durch die Erweiterung immer heterogener geworden, also sind interne Reibereien fast natürlich. Man denke an Polen, Ungarn usw. Ich halte die EU tatsächlich für weniger attraktiv als frü-

her, aber immer noch für attraktiv und für wichtig.

Auch für die Schweiz?

Die Schweiz ist eines der globalisiertesten Länder der Welt, obwohl sie keinen Zugang zu den Weltmeeren hat. Daran sollte sie festhalten, und das sollte sie weiterentwickeln. Die EU ist Teil der Welt. Leider ist die EU nach innen, also im Binnenmarkt, marktwirtschaftlich, nach außen aber sehr protektionistisch, gar nicht liberal, sondern abschottend. Wenn die EU ihre Hürden ein bisschen tiefer legen würde, würde das nicht schaden, weder der EU noch ihren Partnern.

Sie haben die schweizerische und die österreichische Staatsbürgerschaft,

sind also auch EU-Bürger – welches grundlegende Problem der EU sehen Sie aus dieser Position?

Die EU kämpft mit einem Paradox. Einerseits will sie den Nationalstaat überwinden, auf der anderen Seite aber entwickelt sie sich immer mehr zu einem Nationalstaat auf höherer Ebene. Da ist zum einen die Währungsunion, wenn auch nicht für alle Mitglieder, und zum anderen geht es zunehmend in Richtung Fiskalunion. Am Schluss haben wir Vereinigte Staaten von Europa, und das ist dann eben auch ein Nationalstaat, nur ein größerer Nationalstaat. Ich glaube, dass die nachhaltigere Konstruktion nicht ein Bundesstaat, sondern ein Staatenbund wäre.